



## **Amtsgericht Essen**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Dienstag, 21.07.2026, 09:00 Uhr,  
2. Etage, Sitzungssaal 293, Zweigertstr. 52, 45130 Essen**

folgender Grundbesitz:

**Wohnungsgrundbuch von Bochohd, Blatt 1948,  
BV lfd. Nr. 1**

218,35/10.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bochohd, Flur 33, Flurstück 255, Hof- und Gebäudefläche, Veleddastraße 2/Wüstenhöferstraße, Größe: 2.141 m<sup>2</sup>

verbunden mit dem Sondereigentum an der im 1. Obergeschoß gelegenen, im Aufteilungsplan mit Nr. 5 bezeichneten Wohnung,

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich nach Zeichnung um eine 2-Zimmerwohnung mit 2 Fluren, Küche, Bad, Abstellraum, Balkon im 1. OG links. Keine Innenbesichtigung. Der Wohnung sind 1 Einstellplatz in der Tiefgarage und ein Kellerraum zugeordnet. BJ: Schlussabnahme im August 1982. Es besteht eine Eintragung im Baulastverzeichnis der Stadt Essen. WF: ca. 61 m<sup>2</sup>.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 23.05.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

125.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.